Deutscher Bundestag **Drucksache 16/692**
16. Wahlperiode 15. 02. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, Dr. Lothar Bisky und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 15/6000 –

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2005 wird bestätigt, dass der „Aufbau Ost“ erheblich ins Stocken gekommen ist. Im Jahresbericht genannte zentrale Entwicklungsdaten wie etwa das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sagen aus, dass bereits seit dem Jahre 1997 von einem Aufholprozess Ostdeutschlands und damit einer Verringerung der Kluft zwischen Ost und West nicht mehr die Rede sein kann. Im Gegenteil: In den Jahren 2000, 2001 und 2004 blieb das Wachstum Ost hinter dem Wachstum West zurück, womit die Schere sich wieder öffnete. Und während die Produktivität im produzierenden Gewerbe Ost sich in kleinen Schritten an die im produzierenden Gewerbe West annähert und gegenwärtig bei etwa 86 Prozent liegt, sind die Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten im Osten von 75,1 Prozent des entsprechenden Wertes im Westen im Jahre 2002 auf 73,9 Prozent im Jahre 2004 zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote im Osten liegt unverändert bei knapp 20 Prozent und beträgt damit noch immer mehr als das Doppelte des Wertes in den alten Bundesländern. Die Folgen dieser Entwicklungen sind hoch komplex und laufen, wenn ihnen nicht entschieden Einhalt geboten wird, auf ein dauerhaftes Abhängen vieler Regionen Ostdeutschlands hinaus. So hat die Abwanderung junger Menschen von Ost nach West nach einem Tiefstand 1997 (rund 160 000 Abgewanderte) in den Jahren 2001 und 2002 mit über 200 000 Abwanderungen wieder einen Stand wie 1992 erreicht. Der Saldo aus den Wanderungsbewegungen weist für Ostdeutschland wieder ein Minus von 75 000 bis 80 000 Menschen pro Jahr aus. Der Kinder- und Jugendquotient sank im Osten von 40,1 Prozent im Jahre 1991 auf 28,1 Prozent im Jahre 2004. Die Prognosen für die nächsten Jahre sind desaströs, viele Dörfer werden gänzlich von der Landkarte verschwinden, Städte rasant schrumpfen, der ländliche Raum wird auf eine Weise ausgedünnt, die ihm kaum noch Entwicklungschancen bietet.

Es ist angesichts all dessen unübersehbar, dass die bisher zum Aufbau Ost in Ansatz gebrachten Instrumente trotz gewaltiger West-Ost-Finanztranfers nicht zum angestrebten Erfolg – der stetigen Verringerung der Kluft in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West – geführt haben. Erfolglose Instrumente aber müssen durch Erfolg versprechende ersetzt werden. Der Weg, den die Bundesregierung mit ihrem Koalitionsvertrag geht und der darin besteht, die bisherigen Instrumente unverändert zu lassen, ist der falsche Weg.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
folgenden Neuansatz zu verwirklichen:

1. Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage

Der Entwicklungstrend in Ostdeutschland muss umgekehrt werden. Dafür bedarf es einer neuen Politik im Bund, die auf Arbeit und soziale Gerechtigkeit, auf Investitionen und Innovationen, auf die Stärkung der Binnennachfrage und politische Gestaltungskraft gegenüber dem Wildwuchs des Marktes setzt. Hartz IV ist auch im Osten der denkbar falscheste Weg zur Lösung der Probleme, weil mit diesem Programm kein einziger Arbeitsplatz geschaffen, aber Kaufkraftverlust und Armut festgeschrieben wird. Der Bund muss den ostdeutschen Ländern Planungssicherheit geben. Die ostdeutschen Länder brauchen weiterhin ein Förderinstrument wie die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, allerdings in modernisierter Form. Länder mit besonderen Struktur- und Haushaltsproblemen sollen nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch ein Viertel der Fördermittel kofinanzieren müssen. Die Mittel müssen gezielter zur Förderung von wissensbasierter Produktion eingesetzt werden können, also für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und für Personalentwicklung. Eine vernünftige Förderpolitik muss berücksichtigen, welche Probleme die eigenkapitalschwachen ostdeutschen Unternehmen heute haben. Bei ihnen steht nach der Privatisierung bzw. Gründung notwendig die zweite Investitionswelle an. Existenzgründer sollen von überzogenen bürokratischen Auflagen befreit werden und gezielte Angebote aus erster Hand erhalten – auch über den Abschluss der Förderung hinaus. Mittels einer besonderen leitbildbezogenen Regionalplanung, die zwischen Bund und Ländern zu vereinbaren ist, sollen in den strukturschwachen Regionen Verkehrsanbindung, Erreichbarkeit von Schulstandorten, ärztliche und andere Fragen der sozialen und kulturellen Infrastruktur geregelt werden. Für junge Frauen und Familien müssen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden. Die flächendeckende Kinderbetreuung, die bereits heute ein wichtiger Standortvorteil des Ostens ist, muss zum Standortvorteil für ganz Deutschland ausgebaut werden.

2. Zukunft durch Innovation und Bildung

Der Osten braucht eine neue Art von Industrie- und Strukturpolitik, die vor allem Zukunftsbranchen und Zukunftsunternehmen profiliert; die des Weiteren dafür Sorge trägt, das Ostdeutschland von der EU-Erweiterung nicht überrollt und abgehängt, sondern auf vielfältige Weise zur Drehscheibe, zum Dienstleister und zum Nutznießer der neuen europäischen West-Ost-Kooperation wird; und die schließlich die Fördermöglichkeiten für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Unternehmen verbessert und diesen den Zugang zu Fördermitteln erleichtert. Der Solidarpakt II muss stärker auf die Förderung industrienaher Infrastruktur ausgerichtet werden, um Wachstumskerne zu stärken. Notwendig ist der Wissenschaftsausbau als Standortpolitik mit verstärkter Bundesförderung.

3. Ostdeutsche Potenziale nutzen

Die Kompetenzen und Leistungen der Ostdeutschen sind zu lange missachtet worden, ihr Mitbestimmungspotenzial lag brach, ihre Erfahrungen wie auch die Vielfalt ihrer Interessen wurden unzureichend beachtet. Das muss, wenn der Aufbau Ost wieder auf den richtigen Weg gebracht werden soll, geändert werden. Was auf der Ebene der Parteispitzen in der Regierungskoalition als offensichtlich Erfolg versprechender Weg angesehen wird, muss nun auch auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zum Tragen kommen. Das wird für ganz Deutschland von Vorteil sein. Der Bund muss die ostdeutschen Länder ermutigen, gemeinsam zum Modell für eine moderne Verwaltung zu werden: Veraltete Bestimmungen aus den Zeiten der Industriegesellschaft, die nach Ostdeutschland exportiert wurden, müssen abgeschafft, Antragsteller von überholten Nachweis- und Genehmigungspflichten entlastet, moderne Regelwerke für eine wissensbasierte Gesellschaft entwickelt werden.

III. Der Deutsche Bundestag verständigt sich darauf,

dass er seinen Beitrag zum Aufbau Ost am konzentriertesten leisten kann, indem er seine Kräfte für diese Aufgabe in einem speziellen Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder und für andere strukturschwache Regionen (vgl. Bundestagsdrucksache 16/130) bündelt.

Berlin, den 15. Februar 2006

Dr. Gesine Lötzsch
Roland Claus
Dr. Dietmar Bartsch
Dr. Lothar Bisky
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333